



6 1 8  
7 5 3  
2 9 4

# Jahresbericht 2006

Kurzfassung



## **II. Prüfungsergebnisse**

### **A. Ressortübergreifende Ergebnisse**

#### **16 Neue Steuerungsinstrumente in der Staatsverwaltung**

Die Planung und der Einsatz Neuer Steuerungsinstrumente (Budgetierung, Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling) in der Staatsverwaltung dauern schon über zehn Jahre an und kosteten bislang mindestens 30 Mio €. Die gewonnenen Erkenntnisse werden kaum zur Steuerung genutzt. Der derzeitige Stand ist unbefriedigend.

#### **17 Unterhalt staatlicher Gebäude**

Der Bauunterhalt wird nach wie vor vernachlässigt. Nicht rechtzeitig durchgeführte Maßnahmen führen zu überproportionalen Ausgaben und zu einer stärkeren Haushaltsbelastung in der Zukunft.

### **B. Ergebnisse aus den Geschäftsbereichen**

#### **Staatsministerium des Innern**

#### **18 Öffentlich Private Partnerschaften im Staatsstraßenbau**

Der Staat verwirklicht zwei Staatsstraßenprojekte über Öffentlich Private Partnerschaften. Der ORH hat bei den Investitionen keine Kostenvorteile festgestellt, die nicht auch bei konventioneller Verwirklichung erreichbar wären. Demgegenüber verteuert die private Vorfinanzierung die Maßnahmen.

**19 Verzeichnisdienst und elektronische Signatur in der Verwaltung**

Die Verwaltung hat Ministerratsbeschlüsse und entsprechende Handlungszwänge zum Aufbau der Basiskomponenten Zentraler Verzeichnisdienst und elektronische Signatur initiiert, ohne zuvor den Bedarf und die Wirtschaftlichkeit zu untersuchen. Die elektronische Signatur ist kaum im praktischen Einsatz.

**20 Kleidergeld für Beamte im Kriminaldienst**

Der weit überwiegende Teil der Beamten im Kriminaldienst erhält seit Jahren das volle Kleidergeld von monatlich 22,50 €, obwohl ihm nach den einschlägigen Vorschriften nur ein gekürztes Kleidergeld von 13,50 € zustünde. Dadurch hat der Staat Mehrausgaben von 400 000 € jährlich.

**Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus**

**21 Baumaßnahmen für die „FIS Nordische Ski-WM 2005“ in Oberstdorf**

Der Staat hat die Sportanlagen für die „FIS Nordische Ski-WM 2005“ mit 10,5 Mio € gefördert. Die Errichtung der Anlagen wurde einer GmbH & Co. KG übertragen, der Zuschuss an diese weitergeleitet. Die prognostizierten Gewinne dieser Gesellschaft blieben bei der Förderung unberücksichtigt.

Die Zufahrtsstraße zum Stadion hätte nicht als Gemeindestraße gefördert werden dürfen.

**22 Verwendung von Staatsmitteln durch den Bayerischen Landes-Sportverband e.V.**

In den letzten Jahren hat der Bayerische Landes-Sportverband e.V. erhebliche Fördergelder nicht zweckentsprechend verwendet. Bei einer Umsetzung der Anregungen des ORH könnten mehrere Millionen Euro vor allem dem Sportbetrieb der Fachverbände zusätzlich zur Verfügung stehen.

**23 Altersermäßigungen für Lehrkräfte**

Die für ältere Lehrer geltenden pauschalen Ermäßigungen ihrer Arbeitszeit sind im Ländervergleich großzügig und binden derzeit eine Kapazität von 540 Lehrkräften. Aufgrund der Altersstruktur der Lehrer wird sich diese Zahl bis zum Schuljahr 2010/11 verdoppeln. Der ORH sieht die Notwendigkeit, diese Aspekte und auch die Regelungen für den Ruhestandseintritt beamteter Lehrer in die Diskussion um die geforderten Neueinstellungen von Lehrkräften mit einzubeziehen.

## **Staatsministerium der Finanzen**

**24 Besteuerung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung**

Bei der Besteuerung der Einkünfte aus der Vermietung oder Verpachtung von Immobilien weist ein Viertel der geprüften Veranlagungen Mängel in der Sachverhaltsermittlung und/oder der Rechtsanwendung auf. Dies führt bei vorsichtiger Hochrechnung zu jährlichen Steuerausfällen von 150 Mio €. Der ORH hat Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität vorgeschlagen.

## **25 Lohnsteuer-Außenprüfung**

Die Lohnsteuer-Außenprüfung könnte durch eine verbesserte Auswahl der Prüfungsfälle und durch Schwerpunktbildung jährliche Mehreinnahmen in Millionenhöhe erbringen. Derzeit ergibt sich bei zu vielen Prüfungen kein oder nur ein geringes Mehrergebnis.

In den Ballungsräumen München und Nürnberg wird das vorhandene Personal zu wenig für die Prüfung von Körperschaften und zu stark für die Prüfung von Personenernehmen eingesetzt. Dadurch entstehen Prüfungslücken und Steuerausfälle. Der ORH schlägt vor, hier zentrale Prüfungsstellen einzurichten, die für alle Arbeitgeber dieser Regionen zuständig sind.

## **26 IT-Verfahren der Steuerverwaltung**

Nach dem Scheitern des Projekts FISCUS haben Bund und Länder einen neuen Weg eingeschlagen, um die IT-Verfahren der Steuerverwaltung gemeinsam im Vorhaben KONSENS fortzuentwickeln. Darüber hinaus sollten bundesweit die Ausstattung und Organisation der Steuerverwaltung stärker vereinheitlicht werden. Die Kosten, die Bayern im Projekt EOSS durch den erheblich höheren Personaleinsatz (70 Vollzeitkräfte) entstehen, sind auszugleichen.

## **27 Bauunterhalt an Gebäuden der Schlösserverwaltung**

Die knapp bemessenen Mittel für den Bauunterhalt wurden in erheblichem Umfang zweckentfremdet eingesetzt. Leistungen wurden überwiegend nicht im Wettbewerb vergeben.

## **28 Verpachtung eines staatlichen Grundstücks an die Messe München**

Der Staat hat der Messe München GmbH ein Grundstück für das Bauzentrum langfristig unter Wert verpachtet. Hierdurch entgehen dem Staat Einnahmen von 120 000 € jährlich. Der ORH fordert, zumindest angemessene Pachtzinsen von der Messe München GmbH zu verlangen.

**29 Verwaltung staatlicher Fischereirechte**

Der Aufwand für die Verwaltung der staatlichen Fischereirechte ist unverhältnismäßig hoch und kann durch einfachere Regelungen deutlich reduziert werden.

**30 Landeskraftwerke**

Kürzungen der Vergütungen für umweltfreundlichen Strom durch den Hauptabnehmer der Landeskraftwerke waren wesentliche Ursache für die Verluste der Jahre 2003 bis 2005 von insgesamt 1,2 Mio €. Der ORH hat gefordert, mit dem Hauptabnehmer bessere Konditionen für den Strom auszuhandeln.

**Staatsministerium  
für Wirtschaft, Infrastruktur,  
Verkehr und Technologie**

**31 Ausbau des Flughafens Hof-Plauen**

Der Staat hat für den Ausbau des Flughafens Hof-Plauen maximal 31,8 Mio € Förderung vertraglich in Aussicht gestellt. Der ORH weist darauf hin, dass eine förmliche Zusage der Fördermittel ohne belastbaren Nachweis über den verkehrlichen Bedarf und die notwendige Sicherung der Gesamtfinanzierung nicht zulässig ist. Er sieht in dem gewählten Vorgehen ein schwer kalkulierbares Haushaltsrisiko.

## **Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten**

### **32 Förderung aus dem Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm in Wasserschutzgebieten**

Einzelne Verbote in Wasserschutzgebieten standen einer finanziellen Förderung aus Mitteln des Bayerischen Kulturlandschaftsprogramms entgegen. Deshalb wurden kurzfristig aus 780 Wasserschutzgebietsverordnungen Verbote gestrichen. Dies führt zu erheblichen Mehrausgaben.

### **33 Förderung des Gewässer- und Hochwasserschutzes aus dem Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm**

Für einen besseren Gewässer- und vorbeugenden Hochwasserschutz kauft der Staat landwirtschaftliche Grundstücke. Zur Pflege verpachtet er sie dann unentgeltlich oder zu einem niedrigen Pachtpreis. Üblicherweise enthielten die Verträge zugunsten des Gewässer- und Hochwasserschutzes bestimmte Auflagen. Für die Einhaltung dieser Auflagen konnte der Pächter keine weitere Förderung erhalten. Seit 2003 wird in den Pachtverträgen bewusst auf die Auflagen verzichtet, um den Pächtern eine zusätzliche Förderung aus dem Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm zu gewähren. Der ORH hält es für erforderlich, zur früheren Praxis zurückzukehren und dadurch Mehrausgaben zu vermeiden.

### **34 Trockenschäden-Liquiditätshilfeprogramm**

Wegen der Trockenheit im Sommer 2003 wurden an rd. 1 000 landwirtschaftliche Betriebe insgesamt 3,14 Mio € Landes- und Bundesmittel als Liquiditätshilfe gewährt. Diese Förderung war unnötig und führte überwiegend zu Mitnahmeeffekten.

## **Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen**

### **35 Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes**

Ein erheblicher Teil des bei Kommunen und Staat für den Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes erforderlichen Personals wäre entbehrlich, wenn das Nebeneinander von Leistungsansprüchen nach dem Sozialgesetzbuch und dem Unterhaltsvorschussgesetz gesetzlich bereinigt würde.

### **36 Ärztlicher Dienst beim Zentrum Bayern Familie und Soziales**

Die Kosten des Ärztlichen Dienstes können mittelfristig um mindestens 2 Mio € jährlich gesenkt werden, wenn Leistungsunterschiede verringert, Rationalisierungsmöglichkeiten genutzt und medizinische Begutachtungen stärker als bisher an Externe gegeben werden.

## **Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

### **37 Vollzug der Ausbildungsförderungsgesetze**

Fehlzahlungen beim Vollzug der Ausbildungsförderungsgesetze durch die Kreisverwaltungsbehörden von mehreren Millionen Euro jährlich ließen sich bei einer weiter verbesserten IT-Unterstützung der Sachbearbeiter und dem flächendeckenden Einsatz des Dialogverfahrens vermeiden.

Einsparungen könnten zudem erzielt werden, wenn der Darlehensanteil der Förderung flexibel in Anspruch genommen werden könnte, Ermittlungen zur Aufdeckung rechtsmissbräuchlicher Vermögensübertragungen statthaft wären und die Förderung beim Ausbildungsabbruch nicht bis zum Monatsende weitergewährt werden müsste.

**38 Leistungsbezogene Verteilung der staatlichen Zuschüsse im Theaterbereich**

Eine teilweise leistungsbezogene Vergabe der Zuschüsse des Staats für die Staatstheater und die von ihm geförderten Theater könnte Anreize schaffen, das Kosten- und Leistungsbewusstsein der Bühnen zu stärken. Dies würde den wirtschaftlichen sowie organisatorischen und damit auch den künstlerischen Betrieb der Theater optimieren.

**39 Personalkosten des medizinisch-technischen Dienstes der Universitätsklinik**

Bei den Personalkosten des medizinisch-technischen Dienstes der bayerischen Hochschulklinik hat der ORH erhebliches Potenzial für Wirtschaftlichkeitsverbesserungen festgestellt. Organisationsmängel in der Physiotherapie führen zu Erlösausfällen.

**40 Zahnmedizin an den bayerischen Universitätsklinik**

Der große Zuschussbedarf, die landesweit hohe Versorgungsdichte und die Überkapazität an Studienplätzen in Bayern legen es nach Ansicht des ORH nahe, auf die in Regensburg geplante Sanierung der Zahnklinik zu verzichten. Die eingesparten Baumittel von über 20 Mio € könnten anderen Bereichen zugute kommen. Lehre und Forschung sollten auf die verbleibenden drei Standorte konzentriert werden.

**41 Bauunterhalt an der Universität Regensburg**

Die der Universität Regensburg zugewiesenen Mittel für Bauunterhalt sind seit Jahren zu gering bemessen. Die Vernachlässigung des Bauunterhalts hat zu erheblichen Schäden geführt und erfordert aufwendige Sanierungsmaßnahmen.

**42 Sanierung und Erweiterung einer technischen Zentrale**

In die Technische Zentrale einer Universität wurde eine Kraft-Wärme-Kopplungsanlage eingebaut, die erheblich überdimensioniert und deshalb im Betrieb unwirtschaftlich ist. Auch die zentrale Stromversorgung wurde um ein Mehrfaches zu groß ausgelegt.